



Antrag

der Fraktion der FDP

BAföG-Novelle zügig umsetzen: Verlässlichkeit für Studenten in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag angekündigte BAföG-Novelle zum 1. August 2026 bislang durch einen Finanzierungsstreit blockiert und damit Studenten in Unsicherheit lässt. Jede weitere Verzögerung gefährdet die rechtzeitige Umsetzung in den BAföG-Ämtern und verschlechtert die finanziellen Aussichten der Studenten auch in Schleswig-Holstein.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf:

- sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die BAföG-Novelle spätestens bis 1. August 2026 in Kraft tritt und die Wohnkostenpauschale wie angekündigt auf 440 Euro angehoben wird.
- vom Bund einzufordern, dass die weiteren Reformschritte (Kopplung des Grundbedarfs an ein existenzsicherndes Niveau sowie Dynamisierung der Freibeträge) verbindlich gesetzlich hinterlegt werden.
- vom Bund einzufordern, dass das BAföG unabhängiger vom Einkommen der Eltern ausgestaltet wird.
- die BAföG-Verwaltung in Schleswig-Holstein insgesamt organisatorisch so aufzustellen, dass Anträge unkompliziert bearbeitet werden können, auch Bescheide digital zugestellt werden und Bearbeitungszeiten sinken.
- gemeinsam mit dem Studentenwerk ein unbürokratisches Überbrückungsinstrument für nachweislich BAföG-berechtigte Studenten vorzusehen, damit Verzögerungen auf Bundesebene zu keinen gravierenden finanziellen Auswirkungen nach dem 1. August 2026 führen.
- flankierend die Rahmenbedingungen für studentisches Wohnen in Schleswig-Holstein zu verbessern, indem Planungs- und Genehmigungsprozesse

beschleunigt, Grundstücke freigegeben - und zusätzliche Kapazitäten im Studentenwohnraum ermöglicht werden.

Christopher Vogt
und Fraktion